Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss foresty journal = Journal forestier suisse

Herausgeber: Schweizerischer Forstverein

Band: 123 (1972)

Heft: 9

Rubrik: Vereinsangelegenheiten = Affaires de la société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht der Experten des Schweizerischen Forstvereins über das Problem der Waldrodung in Carì-Prodör TI

In seiner Sitzung vom 21. Februar 1972 hat der Vorstand des Schweizerischen Forstvereins auf Antrag seines Präsidenten Ing. G. Viglezio beschlossen, eine Untersuchung über die Waldrodung, Parzellierung und getätigten Bauten in Carì-Prodör durchführen zu lassen. Dieser Entschluss basiert auf verschiedenen, vor allem deutschschweizerischen Presseartikeln, die in forstlichen Kreisen und solchen des Naturschutzes grossen Widerhall gefunden haben.

Einige Mitglieder des Schweizerischen Forstvereins sind denn auch im April 1972 mit einem Brief an den Vizepräsidenten gelangt mit dem Ersuchen, die Umstände darzulegen, die zur heutigen Lage geführt haben und daraus die Folgerungen zu ziehen. Dieses — im Anschluss an den Beschluss des Vorstandes erfolgte Ersuchen — findet in diesem Bericht seine Antwort.

Die beauftragten Experten H. Corboud, Vizepräsident, und H. Keller, Vorstandsmitglied des SFV, haben völlig unvoreingenommen vorerst einmal am 12. April 1972 eine Besichtigung des betroffenen Gebietes durchgeführt. Am 19. April 1972 haben sie sich nochmals, zusammen mit dem Vorstand des SFV, nach Carì-Prodör begeben. Im weiteren haben sie Gelegenheit gehabt, offizielle und Dienstdokumente des Forstdienstes einzusehen, die ihnen durch Ing. G. Viglezio, Kreisförster des 1. Kreises in Faido (2 Dossiers), durch die eidgenössische Oberforstinspektion in Bern und durch weitere Informationsmittel (Presse vor allem) zur Verfügung gestellt wurden.

Die Experten betrachten es als ihre Aufgabe, in völliger Unabhängigkeit den Mitgliedern des SFV eine objektive Information zukommen zu lassen. Sie betonen dabei, dass sie in einem Problemkomplex von so grosser Bedeutung für das kantonale und das eidgenössische Recht in keinem Fall die Rolle eines Richters oder Schiedsrichters übernehmen können. Sie unterstreichen damit den informativen Charakter sowie die ideologische Bedeutung des Berichtes für den Schweizerischen Forstverein. Vorerst beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, Tatsachen festzustellen, sie logisch und im Sinne der Berufsethik zu interpretieren und nötigenfalls Folgerungen zu ziehen. Sie weisen aber auf jeden Fall die Rolle eines Schiedsrichters zurück, sowohl im zivilrechtlichen wie im strafrechtlichen Sinn.

Die Tatsachen:

— Im Gebiet von Carì-Prodör wurden, zwischen etwa 1950 und 1965, Landverkäufe an Private im Weidewaldgebiet getätigt. Die Verkäuferin war in diesem Fall die öffentlich-rechtliche Alpkorporation «Degagna die Fichengo». Diese Verkäufe wurden *auf Antrag des kantonalen Departementes des Innern vom Regierungsrat des Kantons Tessin genehmigt.* Sie stehen aber im Widerspruch mit Artikel 33 und 35 des eidgenössischen Forstpolizeigesetzes von 1902. Die Experten sind deshalb äusserst erstaunt, dass vorerst das Kantonsforstamt, das ja mit der Kantonsregierung in enger Verbindung steht, und auch das Kreisforstamt 1, welches direkt betroffen ist, nicht energisch genug interveniert haben, um

dem Gesetz Nachachtung zu verschaffen, wie es ihre Pflicht war. Es scheint, dass die Stellungnahme der forstlichen Dienststelle durch das kantonale Departement des Innern nicht eingeholt wurde, welches durch die Finanzlage der öffentlich-rechtlichen Korporation mehr beeindruckt war, als von der gesetzlichen Schutzwürdigkeit des Waldes.

— Nach den Dokumenten zu schliessen hat der 1. Forstkreis vor allem in den Jahren 1961 und 1962 insofern interveniert, als er Anzeige auf Busse erstattete in all jenen Fällen, in denen Wald (in den verkauften Parzellen) rechtswidrig geschlagen wurde. Denn diese Parzellen wurden als Bauland an verschiedene Privateigentümer verkauft. Diese Anzeigen sind von Unterförster L. Gamboni in Faido unterschrieben: Sie sind durch das Baudepartement genehmigt worden.

— Eine solche Situation forderte notwendigerweise die Intervention der kantonal-tessinischen Behörden heraus, die ja darauf bedacht waren, die unzulässige Situation zu «legalisieren». Es folgte die Intervention durch das eidgenössische Oberforstinspektorat im Jahre 1965, nachdem ein Parzellierungsplan für Carì-Prodör deponiert worden war. Eine Begehung durch das Eidgenössische Oberforstinspektorat fand statt, um einerseits die Bedeutung der genehmigten Landverkäufe im Wald festzustellen und anderseits, um Massnahmen zur Erhaltung des Waldes in Aussicht zu nehmen. Im Protokoll der Begehung vom 10. Oktober 1965 akzeptiert die Eidgenossenschaft durch die Eidgenössische Oberforstinspektion *provisorisch und unter gewissen Bedingungen das Gesamtkonzept der Waldrodung und der Überbauung eines Teils von Carì.* Es wird ausdrücklich die Bedingung gestellt, dass ein Ortszonenplan von Carì vorgelegt werden müsse, bevor irgendwelche Arbeiten weitergeführt würden, und dass eine Ersatzaufforstung ausgearbeitet und genehmigt werden müsse. Am 28. Januar 1966 wurde der dem Rodungsgesuch von Carì zugrundeliegende Plan mit der Unterschrift des damaligen Oberforstinspektors J. Jungo, dem kantonalen Forstdienst zurückgeschickt, mit dem Hinweis auf die Modifikation, die während der Begehung vom 10. Oktober 1965 zur Bedingung gemacht worden war.

— Die Experten stellen fest, dass den Forderungen durch die Eidgenössische Oberforstinspektion — Zonenplan und Ersatzaufforstung durch die kantonale Behörde — eigentlich nie nachgekommen wurde. Allerdings hat das Kreisforstamt 1 ein Aufforstungsprojekt von 5,4 ha ausgearbeitet und an das Kantonsforstamt abgeschickt. Es trägt die Unterschrift von Ing. W. Keller. Es scheint jedoch, dass dieses Projekt — wie übrigens auch der Zonenplan — nicht an die eidgenössischen Forstbehörden weitergeleitet wurde. Das Kreisforstamt 1 hat jedoch — da ihm genauere Informationen fehlten — regelmässig die Entschädigung von Fr. 1.— pro Quadratmeter verkaufter Waldfläche in Carì-Prodör erhoben, einen Betrag, der für die Finanzierung der Ersatzaufforstung bestimmt war. Eine periodische Abrechnung über die eingegangenen Beträge wurde dem Kanton und dem Bund zugestellt.

— Die Experten stellen fest, dass die Ersatzaufforstung plangemäss in einem Weidegebiet ausgeführt wird. Es ist also falsch zu behaupten, es werde forstliches Terrain aufgeforstet. Allerdings — dies sei eine technische Bemerkung — erfreut sich die Aufforstung nicht des besten Schutzes vor allem gegen Kleinvieh und Wild: Es sind aber Vorkehrungen getroffen worden, um die Ausweitung der Schäden zu verhindern und so den Erfolg der Aufforstung sicherzustellen.

— Die Experten stellen schliesslich fest, dass seit 1969 im Bereich des forstlichen Perimeters, wie er im Parzellierungsplan von 1965 der Eidgenossenschaft festgelegt wurde, keine neuen Rodungen mehr ausgeführt wurden. Genauer gesagt handelt es sich um die Erstellung von Ferienhäusern im Wald, wozu das Fällen einiger Nadelbäume auf der Grundfläche der Gebäude erforderlich ist. Im weiteren darf auch hervorgehoben werden, dass sich der Wald in die «unter-genutzten» Alpweiden von Carì-Prodör auf natürliche Weise ausbreitet.

— Bezüglich des Wertes der im Jahre 1972 erschienenen Presseartikel sind die Experten der Meinung, dass sie überholt sind und nicht der Realität entsprechen: Gewiss wären diese Artikel zur Zeit der illegalen Landverkäufe im öffentlichen Wald geeignet gewesen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den notwendigen Schutz des Tessiner Waldes durch das Gesetz zu lenken. Heute jedoch — und die Experten bedauern es — können solche Artikel den Forstbehörden ganz allgemein nur schaden. Der Berufsethik und auch der Kollegialität, die beim oberen Forstpersonal, welches sich um die Walderhaltung in unserem Lande einsetzt, eine wichtige Rolle spielt, sind damit ein schlechter Dienst erwiesen. Die Objektivität der «Korrespondenten oder Autoren» dieser Presseartikel ist sehr zweifelhaft: Es war ihnen möglich — wie es bei den Experten auch der Fall war — sich beim zuständigen Kreisoberförster zu informieren und sich mit ihm zusammen im Gelände ins Bild zu setzen. Es ist bedauerlich, dass dies nicht der Fall war, um so mehr, als sie sich von der positiven Haltung von Ing. G. Viglezio hätten überzeugen können. Dieser hat sich nämlich — vor Erscheinen der Presseartikel — kategorisch und gegen den Druck höherer Stellen, einer neuen und bedeutenden Rodung für ein Kinderheim in Carì energisch widersetzt.

— Kurz gesagt, die Experten glauben, in Kenntnis der Umstände um den «forstlichen» Fall Carì-Prodör, dass einmal mehr die tessinischen Behörden (und nicht nur der Forstdienst im allgemeinen) durch ihre large Haltung den Verpflichtungen des Forstpolizeigesetzes von 1902 nicht nachkommen: Kommen aber solche Dinge nur im Tessin vor? Die Experten bedauern diese Situation und geben dem Wunsch Ausdruck, dass sich dieser Kanton, sowie andere, den Gesetzen unterziehen, und dies im Hinblick auf einen besseren und immer notwendigeren Schutz unseres Waldes, welcher für unser Land und sein Volk ein unschätzbares Gut darstellt.

Die Experten

H. Corboud *H. Keller*

Rapport des experts de la SFS sur le problème des défrichements à Carì-Prodör TI

Dans sa séance du 21 février 1972, le Comité permanent de la Société forestière suisse (comité SFS) a décidé, à la demande de son actuel Président, M. G. Viglezio, d'ouvrir une enquête relative aux défrichements, parcellements et constructions effectués dans le périmètre de Carì-Prodör. Sa décision est motivée par divers articles de presse parus en Suisse allemande notamment et dont le retentissement s'avère important dans les milieux forestiers et au sein de la protection de la nature.

Subsidiairement et par lettre collective d'avril 1972, certains membres de la SFS sont intervenus auprès du vice-président SFS dans le but de situer les circonstances qui auraient présidé aux faits constatés dans le canton du Tessin et d'en tirer les conclusions. Cette requête, postérieure à la décision du Comité SFS, trouvera sa réponse dans le présent rapport.

Les experts commis, MM. H. Corboud, vice-président, et H. Keller, membre du comité SFS, ont préliminairement procédé, en totale indépendance, à une vision locale qui eut lieu le 12 avril 1972. Subsidiairement et avec le comité SFS, ils se sont rendus à nouveau à Carì-Prodör le 19 avril 1972. De plus, ils ont eu l'occasion de consulter les documents officiels et de service qui ont été mis à leur disposition par M. G. Viglezio, Inspecteur des forêts du 1er arrondissement, à Faido (2 dossiers), par l'Inspection fédérale des forêts à Berne ainsi que par d'autres moyens d'information (presse en particulier).

En totale indépendance, les experts situent leur mandat au niveau de l'information objective des membres de la SFS, signalant qu'ils ne veulent accepter en aucun cas le rôle de juges ou d'arbitres dans un complexe de problèmes qui relèvent du droit cantonal ou fédéral. Ils soulignent ainsi le caractère informatif de leur rapport dans le sens idéologique de la SFS. Dès lors, leur rôle se borne à établir les faits, à les interpréter dans la logique et l'éthique professionnelle pour en préciser, si nécessaire, les conclusions. Ils se refusent, ainsi, à tout rôle d'arbitre éventuel, tant sur le plan civil que pénal.

Les faits:

— Dans la région de Carì-Prodör, des ventes de terrain, en nature de «pâturage boisé», ont été effectuées, entre 1950 et 1965 environ, en faveur de particuliers, par une collectivité de droit public, en l'occurrence la «Degagna di Fichengo» — corporation alpestre — *et ce avec l'approbation du Conseil d'Etat sur proposition du Département cantonal tessinois de l'Intérieur.* Ces ventes sont en contradiction avec les articles 33 et 35 LF. Forêts 1902: en effet, les experts s'étonnent que le service forestier cantonal d'abord — parce que rattaché intimement aux directions du Gouvernement cantonal — et le service forestier du 1er arrondissement — directement concerné par ces ventes — ne soient pas énergiquement intervenus, alors qu'ils en avaient l'obligation, pour faire respecter le droit. La consultation des services forestiers concernés, leur préavis n'apparaissent pas avoir été effectivement requis par un département cantonal préoccupé davantage par la situation financière d'une collectivité de droit public que par la protection «légale» du patrimoine forestier.

— Certes ultérieurement — spécialement en 1961 et 1962 selon les documents présentés — le service forestier du 1er arrondissement est intervenu, dénonçant par voie de rapports les contraventions aux dispositions légales sur la police des forêts, soit les coupes illicites pratiquées sur les parcelles boisées vendues comme terrains à bâtir à divers propriétaires privés. Ces rapports émanent du sous-inspecteur forestier, M. L. Gamboni à Faido: ils ont été sanctionnés par le Département cantonal des constructions (travaux publics).

— Une telle situation «hybride» devait nécessairement provoquer l'intervention de l'autorité cantonale tessinoise désireuse de «légaliser» une situation de fait intolérable. D'où l'intervention de l'Inspection fédérale des forêts en 1965, à la suite du dépôt d'un projet de «lotissement» à Carì-Prodör. Une vision locale

de l'autorité fédérale fut effectuée dans le but de déterminer, d'une part l'importance des ventes consenties de terrains à vocation forestière et d'aviser, d'autre part, des mesures conservatoires. Dans le procès-verbal du 10 octobre 1965, la Confédération, par l'Inspection fédérale des forêts, *accepte provisoirement et avec certaines modalités particulières le principe d'un défrichement global et d'un aménagement du secteur de Carì,* à la condition expresse toutefois que le projet présenté s'insère dans un aménagement local à présenter avant toute poursuite des travaux et qu'un projet de reboisement de compensation soit dressé et finalement approuvé. Le 28 janvier 1966, le plan tessinois requérant les défrichements de Carì était retourné au Département cantonal des forêts, sous la signature de l'Inspecteur général des forêts d'alors M. J. Jungo, en tant que document à modifier et à compléter dans le sens des décisions prises à l'issue de la vision locale et consignées dans le procès-verbal du 10 octobre 1965.

— Or, les experts constatent que les exigences de l'Inspection fédérale des forêts — plan d'aménagement local et d'afforestation de compensation — n'ont jamais été effectivement réalisées par l'autorité cantonale tessinoise. Certes, le 1er arrondissement forestier a dressé et expédié à l'Inspection cantonale des forêts un projet d'afforestation de compensation de 5,4 ha, sous la signature de l'ingénieur W. Keller: ce projet, cependant, n'apparaît pas avoir été transmis à l'autorité forestière fédérale, pas plus d'ailleurs que le projet d'aménagement local. En tout état de cause, l'Inspection des forêts du 1er arrondissement — à défaut d'informations plus précises — a prélevé régulièrement la taxe de reboisement de compensation de 1.— Fr/m² de surface forestière vendue à Carì-Prodör. Un décompte périodique des montants perçus a été remis au Canton et à la Confédération.

— Les experts constatent, dans ce domaine, que le reboisement de compensation s'effectue, conformément au projet, dans un secteur à vocation alpicole: il est donc faux de prétendre que la compensation se réalise sur un terrain forestier. Certes — et c'est une constatation technique — le reboisement ne jouit pas de toute la protection nécessaire contre le petit bétail notamment et le gibier: des mesures sont prises cependant pour éviter l'extension des dommages et assurer la pleine réussite de l'afforestation.

— Enfin, les experts constatent qu'aucun défrichement nouveau n'est intervenu depuis 1969 dans le périmètre forestier fixé au plan de lotissement présenté en 1965 à la Confédération. A proprement parlé, il s'agit d'implantation d'immeubles habitables en forêt (maisons de vacances), exigeant l'abattage des plantes résineuses sur l'emprise des bâtiments. Il y a lieu de relever, en outre, la progression de la forêt et l'envahissement naturel d'un alpage «sous-exploité» à Carì-Prodör.

— En ce qui concerne la valeur des articles parus dans la presse en 1972, les experts sont d'avis qu'ils sont surannés et ne correspondent pas à la réalité: certes, ils eussent été, à l'époque des transactions immobilières «illicites» (ventes de parcelles forestières publiques à divers particuliers), de nature à éveiller l'attention du public à l'endroit d'une nécessaire et légale protection de la forêt tessinoise. Actuellement cependant — et les experts le regrettent! — de tels articles ne peuvent que nuire à l'autorité forestière en général, à l'éthique professionnelle et finalement à la collégialité qui doit présider aux relations entre les

différents cadres chargés de la protection des forêts de notre pays. L'objectivité des «correspondants ou auteurs» des articles de presse est, par ailleurs, fort douteuse: il leur était loisible — comme ce fut le cas pour les experts — de s'informer auprès de l'Ingénieur forestier d'arrondissement incriminé et de s'enquérir avec lui sur place de la situation effective. Cela n'a pas été le cas et c'est regrettable, d'autant plus qu'ils auraient pu se convaincre de l'attitude positive de M. G.Viglezio qui, avant l'apparition de l'article dans la presse, vient de refuser catégoriquement, dans ce même secteur de Carì et malgré les pressions dont il fut l'objet d'autorités supérieures, un important et nouveau défrichement pour l'implantation d'une colonie de vacances pour enfants.

— En bref, connaissant les circonstances qui ont entouré les faits «forestiers» de Carì-Prodör, les experts sont d'avis qu'une fois de plus, la mansuétude des autorités tessinoises — et non seulement de son service forestier cantonal en général — s'inscrit à l'encontre des obligations de la LF. Forêts 1902: est-ce le seul fait du Tessin? Ils regrettent cette situation et souhaitent qu'à l'avenir ce canton et d'autres se conforment à la légalité, dans la seule optique d'une meilleure et toujours plus nécessaire protection de la forêt, un bien inestimable pour le pays et ses populations.

Les experts:

H. Keller *H. Corboud*

An den
Präsidenten des
Schweizerischen Forstvereins

Winterthur, 5. Mai 1971

Erweiterung des Aufgabenkreises des Schweizerischen Forstvereins und Statutenrevision

Herr Präsident,
Sehr geehrte Herren Kollegen,

1. Einspracherecht gemäss BG über den Natur- und Heimatschutz

Das BG über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1966 ermächtigt nach Artikel 12 unter anderem gesamtschweizerische Vereinigungen, die sich statutengemäss dem Natur- und Heimatschutz oder verwandten, rein ideellen Zielen widmen, zur Beschwerde an den Bundesrat oder zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht gegen kantonale Verfügungen oder Erlasse oder gegen Verfügungen von Bundesbehörden.

Im Zusammenhang mit der Waldrodung Thyon, aber auch von verschiedenen anderen Rodungsfällen, musste es als ausgesprochener Mangel empfunden werden, dass der SFV, der seit jeher aktiv für die Walderhaltung eingetreten ist, keine Einsprache gegen die offensichtlich widersprüchlich und unüberlegt erteilte

Rodungsbewilligung erheben konnte und nur eine Beschwerde des SBN möglich war. Dabei muss doch der Forstverein in erster Linie als diejenige Organisation betrachtet werden, die sich für die kompromisslose Walderhaltung einzusetzen hat.

Materiell drängt sich die Möglichkeit zur Beschwerdeführung darum noch besonders auf, als nach Artikel 2 b des Natur- und Heimatschutzgesetzes unter anderem auch Bewilligungen zur Vornahme von Waldrodungen zu den Bundesaufgaben gehören, die im Sinne des Gesetzes zu beurteilen sind.

Es ist daher die Voraussetzung zu schaffen, damit der SFV nötigenfalls zur Beschwerdeführung ermächtigt ist.

2. Beschwerderecht auf Grund des Raumplanungsgesetzes

Im Entwurf der Expertenkommission für ein Bundesgesetz über die Raumplanung ist in Artikel 67 vorgesehen, dass zur Beschwerde an das Bundesgericht, den Bundesrat oder die kantonale Beschwerdeinstanz gegen Verfügungen der dem Bundesrat nachgeordneten Bundesbehörden unter anderem gesamtschweizerische Organisationen, die sich statutengemäss der Raumplanung widmen, berechtigt sind.

Die Erhaltung des Waldes nach Fläche und seiner regionalen Verteilung ist zwar in Artikel 24 VV zum eFPolG vorgeschrieben. Daraus geht hervor, dass der Wald ein wichtiges raumplanerisches Mittel ist. Auch im Zwischenbericht des ORL-Institutes zu den landesplanerischen Leitbildern der Schweiz vom November 1969 wird im Teilleitbild «Wald» erwähnt, dass der Wald als festbleibende Zone das Gerüst für die Raumplanung bildet. Ebenso erwähnt der Hauptbericht «Raumplanung Schweiz» der Expertengruppe Kim vom Dezember 1970 auf S. 85 im Grundsatz Nr. 13, dass der Wald ein Element der Landschaftsgestaltung und der Raumplanung darstellt. Nach S. 61 jenes Berichtes ist der Katalog der raumwirksamen Kompetenzen des Bundes, zu denen unter anderen auch die Forstwirtschaft gehört, eindrücklich.

Aus allem geht hervor, dass die Wälder und ihre regionale Verteilung für die Raumplanung von grösster Bedeutung sind. Dem Forstdienst kommt denn auch bei vielen Planungsfragen grosse Wichtigkeit zu. Der SFV muss daher schon heute die Voraussetzungen schaffen, um gegebenenfalls zur Beschwerde ermächtigt zu sein, wenn irgendwelche Planungsbehörden Massnahmen treffen sollten, die dem Grundsatz der Erhaltung der Waldfläche und der Waldverteilung widersprechen sollten.

3. Statutenrevision

Aus diesen Gründen schlage ich vor, dass der Vorstand des SFV eine Statutenrevision vorbereitet und der Generalversammlung 1971 zur Beschlussfassung vorlegt, die den Aufgabenkreis des Vereins ganz bedeutend erweitert, und die die Voraussetzungen bildet, damit der SFV allenfalls zur Beschwerde auf Grund des Natur- und Heimatschutzgesetzes sowie des Bundesgesetzes über die Raumplanung ermächtigt sein wird.

Für die Neuformulierung der Artikel 1 und 2 mache ich folgende *unverbindliche Vorschläge:*

Artikel 1

Der Schweizerische Forstverein ist ein Verein im Sinne von Artikel 60 ff des Schweizerischen Zivilgesetzbuches.

Er stellt sich die Aufgabe: Die Förderung der Forstwirtschaft in ihrem ganzen Umfang, den Einsatz für die Erhaltung des Waldes, die Mitwirkung in allen Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes und der Raumplanung, die Aufklärung des Schweizervolkes über die Bedeutung des Waldes sowie die fachliche Fortbildung der Mitglieder und die Pflege der Kameradschaft.

Artikel 2

Der Erfüllung der Vereinsaufgaben dienen insbesondere:

a) Jährliche Versammlungen zur Behandlung aktueller fachlicher, forstpolitischer und wissenschaftlicher Fragen.

b) Waldexkursionen, in der Regel in Verbindung mit der Versammlung.

c) Herausgabe und Unterstützung forstlicher Zeitschriften sowie anderer zweckdienlicher Veröffentlichungen.

d) Anregungen und Massnahmen zur Verbesserung der forstlichen Gesetzgebung und Organisation des Forstdienstes des Bundes, der Kantone und Gemeinden sowie zur Hebung des Forstwesens im allgemeinen.

e) Einsatz in Fragen der Walderhaltung und Waldverteilung.

f) Mitwirkung in Fragen des Natur- und Landschaftsschutzes und der Raumordnung (besser Raumplanung).

g) Beteiligung an den das Forstwesen fördernden Bestrebungen anderer Organisationen.

Ich bin der Ansicht, dass diese Erweiterung des Arbeitskreises und im Zusammenhang damit die Anpassung der Statuten sich aufdrängt. Verschiedene Einzelheiten wären vorgängig mit einem Juristen abzuklären, um die Beschwerdekompetenz eindeutig zu schaffen.

Ich danke Ihnen, wenn Sie meinen Vorschlag allen Ernstes prüfen. Das Gebot der Walderhaltung ist dringender als je. Mit Recht wird ja immer betont, dass das Schweizerische Forstgesetz zugleich das erste Planungsgesetz darstellt; indirekt betrachte ich es ausserdem als erstes Gesetz für einen gewissen Natur- und Landschaftsschutz.

Mit vorzüglicher Hochachtung und kollegialen Grüssen

E. Krebs, a. Oberforstmeister